
Ulrich Kluge

Die deutsche Revolution

1918/1919

Neue Historische Bibliothek

edition suhrkamp

SV

es 1262

edition suhrkamp

Neue Folge Band 262

Neue Historische Bibliothek
Herausgegeben von Hans-Ulrich Wehler

Die Revolution 1918/1919 gehört zu den am heftigsten umstrittenen Ereignissen der neueren deutschen Geschichte. Ihre Ursachen und Konsequenzen werden im vorliegenden Band im Zusammenhang des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Wandels zwischen Kaiserreich und Republik untersucht. Im Mittelpunkt steht dabei das Dilemma der demokratischen Kräfte: der im Ansatz steckengebliebene Umbau des Staatsapparates, des Gesellschafts- und Wirtschaftsgefüges. Darüber hinaus setzt sich die Studie mit den Möglichkeiten des im revolutionären Umbruch entstandenen Reformpotentials der Arbeiter- und Soldatenräte auseinander. Einen weiteren Schwerpunkt bilden die politischen Weichenstellungen 1918/1919 in ihrer Bedeutung für die Stabilisierung der ersten deutschen Demokratie.

Ulrich Kluge lehrt Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Dresden.

Ulrich Kluge
Die deutsche Revolution
1918/1919

Staat, Politik und Gesellschaft
zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch

Suhrkamp

8. Auflage 2015

Erste Auflage 1985
edition suhrkamp 1262
Neue Folge Band 262

© Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1985

Suhrkamp Taschenbuch Verlag

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages
reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Printed in Germany

Umschlag gestaltet nach einem Konzept

von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt

ISBN 978-3-518-11262-5

Inhalt

- Vorwort 7
- I. Die deutsche Revolution als Gegenstand
historischer Forschung 10
- II. Deutschland im Krieg 1914 bis 1918 39
- III. Die Revolution in Deutschland:
Zentrale Probleme der politischen Entwicklung
1918/1919 54
- IV. Armee und Revolution 138
- V. Die neue Verfassungsordnung 1919 159
- VI. Deutsche Revolution
und internationales Kräftegefüge 1918/1919 181
- VII. Ausblick: Die dritte Phase
der Revolution – »Märzrevolution« 1920 195
- VIII. Epilog 200
- Abkürzungen 205
Anmerkungen 206
Auswahlbibliographie 234
Inhaltsverzeichnis 246

*Herrn Prof. Dr. Markus Mattmüller als Dank für die Basler
»Lehr- und Wanderjahre« 1975-1983*

Vorwort

»Reichstag und Bundesrat sind nicht mehr vorhanden, jedenfalls außer aller tatsächlichen Wirksamkeit«, schrieb *Hermann Oncken* in der zweiten Novemberhälfte 1918, »das wiegt viel schwerer als die Beseitigung der monarchischen Spitze. Auch eine Revolution kann, von einer staatsmännischen Einsicht getragen, wesentliche Bestandteile des historischen Zusammenhangs erhalten, während sie andere zerschlägt. Die deutsche Revolution von 1918, nicht aus den Tiefen bewußten staatsmännischen Willens aufsteigend, konnte kaum radikaler vorgehen; sie hat in der Exekutive wie in der Legislative alle Brücken hinter sich abgebrochen.« Erfuhr das politische System des Kaiserreichs tatsächlich diese tiefe Zäsur, wie sie Oncken empfand? Worin lagen Möglichkeiten und Grenzen einer demokratischen Ordnung in Deutschland begründet? Diese Probleme sind Elemente eines umfangreichen und unvermindert aktuellen Fragenkatalogs zur politischen Entwicklung Deutschlands zwischen Kriegsbeginn 1914 und Kapp-Putsch 1920.

Im Zentrum des Interesses steht der eruptive politisch-soziale Wandel 1918/19, dessen Grundlinien dank der hauptsächlich in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführten fundierten Revolutions- und Räte-Forschung bekannt sind. Das besonders in den fünfziger Jahren entstandene moderne Bild der »Deutschen Revolution« wurde in den beiden vergangenen Jahrzehnten schrittweise verändert. Daß von zentralen Entscheidungen 1918/19 wichtige Impulse auf die demokratische Neuordnung des politischen Gesamtgefüges der Weimarer Republik ausgingen, wurde inzwischen zum Allgemeingut, wenngleich Rolle und Absichten der politischen Akteure und ihrer Gegner im einzelnen umstritten blieben.

Die wichtigsten Fragestellungen zum Revolutionsgeschehen zu bündeln und sie einzelnen Zeitabschnitten und Urhebern zuzuordnen, ist Aufgabe des einleitenden Forschungsberichts. Die Geschichte des Staatsumsturzes und des revolutionären Massenimpulses von 1918 stellt gleichzeitig die Geschichte der politischen, sozialen und ökonomischen Veränderungen unter den Kriegsbedingungen dar. Möglichkeiten und Grenzen der Revolution sind weitgehend aus dem strukturellen Wandel Deutschlands 1914 bis

1918 zu begreifen. Die Darstellung versucht, alle am politischen Geschehen zwischen Kriegsbeginn und Frühjahr 1920 entscheidend beteiligten Kräfte in einer ihrer Bedeutung angemessenen Ausführlichkeit zu berücksichtigen. Die Geschichte der Revolution in Deutschland ist weder allein die Geschichte der Arbeiter- und Soldatenräte noch die der organisierten Arbeiterbewegung. Daß beiden Faktoren in einem sehr viel komplizierteren Kräftegefüge in der Vergangenheit das wissenschaftliche Hauptinteresse galt, reflektiert notwendigerweise auch die vorliegende Studie.

Der Aufbau der Darstellung ist an der in letzter Zeit überzeugend diskutierten dreistufigen Gesamtentwicklung der deutschen Revolution zwischen November 1918 und März 1920 orientiert, wengleich die inzwischen allenthalben akzeptierte Bezeichnung »Deutsche Revolution 1918/1919« beibehalten wird. Im Gegensatz zu den ersten beiden Entwicklungsstufen ist die dritte Stufe weit weniger intensiv erforscht worden und gestattet hier nur einen zusammenfassenden Ausblick. Kunst, Kultur, Schulwesen, Universitäten und Kirchen, auch die Wirtschaftsentwicklung mußten zugunsten der am meisten diskutierten Probleme aus der ersten und zweiten Revolutionsphase (Streikbewegung, Armee, Verfassungsordnung, Außenpolitik) übergangen werden, ebenso ein überblickshafter Vergleich zwischen der deutschen und österreichischen Revolution.

Es kann kein verbindliches, allseits akzeptiertes und gesichertes Bild der deutschen Revolution entworfen werden. Die Studie greift unterschiedliche historische Deutungen auf und gibt nicht nur einer Meinung Ausdruck. Sie versucht, der Meinungsvielfalt mit kritischem Respekt vor den Leistungen einzelner Geltung zu verschaffen, um aus der Summe der wichtigsten Ergebnisse ein weiterführendes Revolutionsbild zu schaffen. Mit der Darstellung sollen komplizierte Sachverhalte in einem überschaubaren Rahmen dargestellt werden. Der Konzeption liegen auch Erfahrungen aus verschiedenen Lehrveranstaltungen zum Thema Deutschland zwischen 1914 und 1920 zugrunde. Es bleibt zu hoffen, daß der zur vertiefenden Weiterarbeit anregende Charakter der Darstellung besonders im Bereich der universitären Geschichtslehre verstanden wird. Mit der Studie soll der tendenziellen »Verdichtung« tatsächlich komplizierter Sachverhalte zu Schlagwörtern und griffigen, aber gedanklich nicht anregenden Thesen, welche die Vermittlung der Revolutionsgeschichte immer mehr belasten, entge-

gengewirkt werden.

Die benutzte Literatur stellt eine Auswahl des Wichtigsten dar, wobei folgende Kriterien bestimmend waren: die Originalität des Ansatzes, die weiterführende und leicht erschließbare Materialbasis, die gedanklich anregende Wirkung, die zu einer eigenständigen Urteilsbildung befähigt, sowie die Repräsentierung des jeweiligen Forschungsstandes.

Wenn hiermit eine längere bewußte Pause durch die erneute Beschäftigung mit dem Revolutionsthema von mir beendet wird, dann aus mehreren Gründen: um die eigenen Lehrerfahrungen der letzten Jahre im In- und Ausland umzusetzen, den Anregungen aus der Beschäftigung mit der europäischen Zwischenkriegszeit zu entsprechen und um ursprüngliche Werturteile in bestätigendem oder korrigierendem Sinne zu überprüfen.

Freiburg im Juni 1984

Ulrich Kluge

I. Die deutsche Revolution als Gegenstand historischer Forschung

Die militärische Niederlage des Deutschen Kaiserreichs wurde im Oktober/November 1918 durch eine Aufstandsbewegung des Heimatheeres, in die eine Streikbewegung der Industriearbeiterschaft einmündete, besiegt. Die alten Herrschaftsinstitutionen zerbrachen unter dem Druck einer zunächst diffusen, sehr bald jedoch sich selber organisierenden Massenbewegung in der militärischen und zivilen Gesellschaft Deutschlands. An der Front, in der Etappe sowie im gesamten Reichsgebiet entstanden aus spontanen Zusammenschlüssen Meuternder, Streikender, Kriegsmüder und Kriegsgegner Räteorganisationen als lokale Herrschaftszentren. Deutschland befand sich bis Dezember 1918 weitgehend im Zeichen der sich organisierenden Räte, deren institutionelle Strukturen, Programme und Aktionen in mehr oder weniger enger Beziehung zu den Parteien der Arbeiterbewegung (MSPD, USPD, Spartakusbund/KPD), des linken Bürgertums im liberalen und katholischen Lager standen. Ihr Hauptbetätigungsfeld lag zunächst in der improvisierten Befriedigung primärer Lebensbedürfnisse einer durch Krieg und Zusammenbruch existentiell bedrohten Gesellschaft. Der kollektiv artikulierte Veränderungswille verband disparate Lebensbereiche; aus einem Gewirr sich überschneidender, zuweilen gegenläufiger und einander verstärkender Einzelentwicklungen entstand eruptiv ein »anderes Deutschland«, eine Republik auf der Woge von Massenimpulsen, keiner Klassenbewegung. Obwohl die dichte Verwobenheit von Entwicklungssträngen unterschiedlichen Ursprungs – bei Kriegsbeginn 1914, dann 1917/18 in den Massenstreiks, schließlich im November 1918 – erhebliche Schwierigkeiten bereitet, die Ereignisse in Deutschland zwischen November 1918 und März 1920 als »Revolution« zu definieren, dürfte diese Untersuchung der politischen Genesis der Weimarer Republik den kleinsten gemeinsamen Nenner der widerstreitenden Ansichten zur Zäsur von 1918/19 darstellen.

1. Revolution. Zur Problematik eines Begriffs

Der Untergang der ersten deutschen Demokratie 1933 schärfte den Blick für die Revolution 1918/19, ihre Träger, ihren Verlauf, besonders jedoch für ihre politischen Konsequenzen. Die Frage nach dem Konflikt zwischen den Arbeiter- und Soldatenräten und staatlichen Kräften zwischen Kriegsende und Nationalversammlung sowie die nach der Bedeutung des Konflikts für die Labilität des politischen Gesamtgefüges der Weimarer Republik regten immer wieder zur Suche nach individuellem Versagen und kollektivem Fehlverhalten an. Auch die politischen Konflikte der Jahre 1920 bis 1923 veranlaßten zur Frage nach den Grenzen der Revolution. Das wissenschaftliche Interesse an bestimmten Antworten darauf führte zur Strukturierung des politischen Geschehens und definierte dafür verantwortliche Faktoren.

Die Revolutionsgeschichte bereitet wie kaum ein zweiter Themenbereich der Neuzeitgeschichte besondere Konzeptions-schwierigkeiten, denn sie reflektierte stets die politischen Probleme jener Perioden, in denen Versuche zur Interpretation der Ereignisse von 1918/19 unternommen wurden. Die historische Realität jener folgenreichen Zäsur zwischen Kaiserreich und Republik erscheint bis heute in aktueller Akzentuierung. Der wechselnde Gegenwartsbezug bedingt das wechselnde Revolutionsverständnis von Anfang an. Die wissenschaftliche Diskussion um die Revolution erfordert deshalb ein hohes Maß an Sensibilität für das enge Verhältnis von Geschichte und Gegenwart. Der Rückzug auf die »strenge Sachlichkeit« bei der Rekonstruktion des Vergangenen allein genügt nicht; die Forderung, die »gefährdete Unparteilichkeit« (Nipperdey) wiederherzustellen, bleibt als nicht einlösbarer Anspruch illusionär.

In der wissenschaftlichen Beurteilung besteht im wesentlichen Übereinstimmung darin, daß die Revolution »steckengeblieben« ist, wenngleich sie die Restauration vorrepublikanischer Verhältnisse auf Dauer verhinderte.¹ Das Scheitern wird überwiegend aus einer wesentlichen Fehlentwicklung der Rätebewegung erklärt: Die seit 1919 als Bewegung sich formierenden Arbeiter- und Soldatenräte zerfielen; sie wurden mehrheitlich von den Arbeiterparteien absorbiert und radikalisierten sich in ihren Resten. Jene oppositionelle Minderheit beschwor die Gegenrevolution mit herauf. Spaltung und Radikalisierung schwächten nicht nur den demokra-

tischen Neubeginn, sondern veranlaßten auch weite Teile der nichtproletarischen Gesellschaft Deutschlands, eine revolutions- und rätefeindliche Haltung einzunehmen. Kurzum, die »Opfer« waren an ihrem eigenen Untergang selber schuld.² Die Rolle der Rätebewegung steht seit den sechziger Jahren im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Auseinandersetzung. Obwohl in einigen Punkten heute größeres Einverständnis herrscht als früher, worüber noch zu sprechen sein wird, belastet die mangelnde Einigkeit über den Begriff »Revolution« jede weiterführende Diskussion.³

Daß eine Revolution stattfand, war den Zeitgenossen klarer als den Nachgeborenen. Zwei Stellungnahmen illustrieren den unmittelbaren Eindruck vom November 1918 besonders eindrucksvoll. So schrieb Hermann Oncken 1918:

»Wenn einst die lockeren Formen des Staatenbundes mitsamt den unsicheren Privilegien vormärzliche Throne in die Luft geblasen wurden, so ist das feste Gefüge des neuen Reiches auseinandergefallen. Das deutsche Kaiserthum, die Sehnsucht der Väter, und mit ihm alle Dynastien sind wie im Handumdrehen beseitigt, aber auch Bundesrat und Reichstag sind widerstandslos außer Kraft gesetzt worden, der föderale Aufriß unseres Staates und die noch vor ein paar Wochen begrüßte demokratisch-parlamentarische Begründung unserer Zentralgewalt sind in demselben Augenblick niedergebrochen.«

Ähnlich argumentierte 1919 Ludwig Quessel:

»... die Massen (können) den Lockungen der Anhänger des alten Systems nicht mehr folgen... selbst wenn sie mit dem Neuen tief unzufrieden sind, weil sie hinter die Kulissen des Obrigkeitsstaats geblickt haben... Ein Volk, das die Macht zittern, die Weisheit sich zanken, die Unfehlbarkeit stottern, die Pracht sich schminken sah, kann den Weg zur alten Obrigkeit nicht mehr zurückfinden, selbst wenn es erkennen sollte, daß ihm die moralischen Qualitäten zur Selbstbestimmung seines Schicksals abgehen.«

Wenngleich nicht mehr ernsthaft in der Gegenwart bestritten wird, »daß es sich 1918/19 um mehr als einen militärischen und politischen Zusammenbruch handelte, daß die Vorgänge seit Anfang November 1918 als *Revolution* zu charakterisieren sind«⁴, mangelt es noch immer an Versuchen, das politisch-gesellschaftliche Geschehen jener Zeit theoretisch zu fundieren.⁵ Trotz einer gewissen Sprachvereinbarung bleibt der Begriff »Revolution« mit Werturteilen belastet, so daß er für eine sachliche Diskussion ungeeignet erscheint. »Revolution« im üblichen Sprachgebrauch bleibt unter historischen und normativen Aspekten problematisch und

besitzt nicht jene Qualität, die eine genaue Strukturanalyse des politischen, sozialen, ökonomischen und soziokulturellen Gefüges Deutschlands am Ende des Kaiserreichs benötigt.

Der Revolutionsbegriff in der herkömmlichen Auffassung einer spezialisierten Fachöffentlichkeit – und hier wird auch Selbstkritik an früheren Forschungskonzepten geübt – bezieht sich primär auf das politische System, ohne soziale, wirtschaftliche und kulturelle Prozesse zu berücksichtigen. Abgesehen von der Fixierung auf das Institutionengefüge kennzeichnet der Begriff eine Entwicklung und ihre Resultate zugleich. Ob Deutschland 1918/19 eine Revolution erlebt hat, welches ihre Initialzündung, ihre soziale Basis und ihre Ergebnisse waren, ob sie überhaupt als *einheitliche Entwicklung* zu kennzeichnen ist – in der Beantwortung dieser Fragen liegt eine zentrale Aufgabe dieser Studie.

Der Übersicht wegen wird der Terminus »Revolution« zunächst als Arbeitsbegriff verwendet, zumal für die Ereignisse von 1918/19 *vier konstitutive Elemente* einer Revolution in sozialwissenschaftlicher Definition angenommen werden können: die Diskontinuität der politischen Entwicklung, die gewaltsame Austragung sozialer Konflikte, das Revirement in traditionellen Machtpositionen, die intendierte und teilrealisierte Begründung einer neuen politisch-sozialen Ordnung. Innerhalb kurzer Zeit erlebte Deutschland eine massive Veränderung politischer und sozialökonomischer Strukturen, wie sie keine Reformpolitik im Rahmen der Kräftekonstellation des Kaiserreichs zuwege gebracht hätte. Die Weimarer Republik stellte eine neue staatliche Formierung in der deutschen Geschichte dar. Seit November 1918 entstand eine neue politische Ordnung, die sich deutlich von der des Kaiserreichs unterschied. Es gilt, systematisch herauszustellen, in welchen Punkten sich diese neue Ordnung dauerhaft oder temporär von den Traditionsbeständen der Monarchie unterschied. Im vorliegenden Zusammenhang ist die Verwendung des Begriffs »Revolution« aufgrund der Tatsache berechtigt, daß die Republik das Resultat historisch unvorhersehbarer Ereignisse war, neue Qualitäten des Staatsgefüges besaß, also keine partielle Rekonstruktion des Kaiserreichs darstellte. In der Entstehung der Republik drückte sich in der Tat die weitgehende Diskontinuität der historischen Entwicklung Deutschlands aus.

2. Revolutions- und Räte-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland

Rätebewegung und Mehrheitssozialdemokratie traf – wenngleich mit unterschiedlicher Intensität – in den vergangenen 25 Jahren der Vorwurf, die Chancen für den demokratischen Neubeginn nicht streng genug wahrgenommen zu haben.⁶ Die politische Fehlentwicklung Deutschlands, die nach einem hoffnungsträchtigen Beginn von 1918 in die Katastrophe von 1933 mündete, motivierte die Forschung stets erneut, die Weichenstellungen in den verschiedensten Bereichen der politischen Entscheidung zu analysieren. In der Mehrzahl der Fälle wurden Alternativen zur realen Entwicklung, nicht ihre Zwangsläufigkeit betont.

Die Aussagen über die Revolution hängen primär von der Anerkennung vermeintlicher oder tatsächlicher *Alternativkonzepte* ab. Über die Legitimität, die politische Entwicklung unter dem Aspekt alternativer Positionen zu analysieren, ist viel gestritten worden. Die wissenschaftlichen Diskussionen der jüngsten Vergangenheit kennzeichnete weniger die Orientierung am historischen Inhalt als vielmehr die zuweilen oberflächliche Klassifizierung einzelner Forschungsleistungen anhand ihres Gehalts an »Realpolitik«. Wohl kein anderer Sachverhalt der modernen deutschen Geschichte einigte große Teile der Historiographie in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR stärker als die kollektive Ablehnung der *Rätebewegung* als gesellschaftliche Kraft zwischen Parteien und Staat. Die Räte-Kritik ging zuweilen über das sachliche Ziel hinaus; sie übersah, daß die auf selbsterschlossenem Quellenfundament beruhende Räte-Forschung in keinem Falle die historische Realität zu »idealtypischen Maßstäben verdichtet (hat)«, um sie »dem Handeln und Denken der führenden Gruppen als potentiellen Gegenentwurf vorzuhalten.«⁷ Die Rätebewegung gehörte ebenso wie Staat, Parteien, Parlament und Militär zur deutschen Nachkriegswirklichkeit; das Kontrastbild besaß also keine hypothetischen, sondern höchst reale Züge. Über den Realitätsgehalt einzelner Kräftekonfigurationen im Revolutionsgeschehen zu streiten, führt ins Leere, denn schließlich prägt die politische Subjektivität des jeweiligen Betrachters das Gesamturteil über die Revolutions- und Rätegeschichte stärker als über einen anderen Problembereich der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Nicht nur die Revolutions- und Räte-Forschung, sondern auch ihre Kritik blieb in ihren Werturteilen über 1918/19 mehr oder weniger von aktuellen Problemen abhängig. Sie reflektierte insgesamt – obgleich das häufig beschönigt wurde – die wechselnden Grundstimmungen in der deutschen Gesellschaft und Politik. Die relativ späte »Entdeckung« der Revolution als konstitutives Element der Weimarer Demokratie hing vom dominierenden Interesse an den Ursachen des Untergangs der ersten deutschen Demokratie ab. Während *Theodor Eschenburg* (1951)⁸ ihren revolutionären Beginn noch weitgehend ignorierte, stellte *Karl Dietrich Bracher* (1955)⁹ die Katastrophe von 1933 gezielt in die historische Perspektive der prekären Gründungsphase von 1918.

Die Wahl des Themenschwerpunkts, die Rolle der gemäßigten Sozialdemokratie, spiegelte ein Stück politischer Nachkriegsgeschichte Westdeutschlands wider: Die Sozialdemokratie wurde rehabilitiert¹⁰, nachdem mit dem Ende des Nationalsozialismus auch die These von den »Novemberverbrechern« in ihrer ehemaligen Bedeutung für überwunden galt. Die Mehrheitssozialdemokratie stand fortab im ursächlichen Zusammenhang mit dem »verspäteten Versuch, die lange zurückgedrängte demokratisch-parlamentarische Bewegung zur Macht zu bringen und sie auf die Neuordnung des Staates zu stützen«. ¹¹ Dessenungeachtet behielt die These von den »Novemberverbrechern« in einer spezifischen Nuancierung ihre Gültigkeit: In eingeschränktem Sinne traf sie nun den »Linksradikalismus«, d. h. USPD, Spartakusbund, Rätebewegung. Diese Art der politischen Differenzierung komplexer historischer Entwicklungen aufgrund aktueller Erwägungen bildete schließlich eine Voraussetzung für die Alternativ-These von *Karl Dietrich Erdmann* (1955)¹²: Es sei 1918/19 um die Wahl zwischen »der sozialen Revolution im Bund mit den auf eine proletarische Diktatur hindrängenden Kräften oder die parlamentarische Republik im Bund mit konservativen Elementen wie dem deutschen Offizierkorps« gegangen.¹³ Die Aussagen der Verfechter der »Bolschewismus«-These wörtlich genommen, verdankte die Weimarer Republik nicht der freiwilligen, verantwortlichen Einsicht ihre demokratische Kräftekonstellation im Zeichen der »Weimarer Koalition«, sondern primär dem Druck des Linksradikalismus. Diese Interpretation verfiel sich schlicht im Widerspruch, daß Chaos

politische Ordnung stiftet. Jedoch um diese Spitzfindigkeiten ging es in den fünfziger Jahren nicht, sondern hauptsächlich um die »Retter«-Funktion der gemäßigten Sozialdemokratie.

Mit der schrittweisen Erweiterung des Quellenfundaments wuchs die Kritik an der Eindimensionalität dieser Interpretation fast zwangsläufig.¹⁴ Damit änderten sich auch die Voraussetzungen und Ziele der Diskussion um Revolution und Räte: Die Urteile über die politische Vergangenheit büßten ihre subjektive Akzentuierung weitgehend ein; sie wurden am Quellenmaterial nachvollziehbar und im Vergleich überprüfbar. Mit der »Wiederentdeckung der Revolution«¹⁵ ging die Entdeckung der linkskritischen Revolutionsgeschichte von *Arthur Rosenberg* (1928; 1935)¹⁶ einher. Seine verspätete Rezeption stellte auch eine Art intellektueller Wiedergutmachung am intellektuellen Emigrantentum dar. Sie stieß schon deshalb, und nicht nur wegen Rosenbergs Kritik an der MSPD, in weiten Teilen der nachkriegsdeutschen Historiographie auf mehr oder weniger verhüllte Ablehnung.

In insgesamt fünf Punkten wurden die traditionellen Vorstellungen von der Revolution entscheidend korrigiert: Erstens erwies sich die Verknüpfung von »Bolschewismus« und Rätebewegung als unhaltbar¹⁷; zweitens wurde die »soziale Demokratie« als politisches Hauptziel der Revolutionsbewegung herausgestellt; drittens galten Revolution und Demokratie nicht mehr als unvereinbare Gegensätze; viertens verlor die These von der »tragischen Zwangsläufigkeit« zugunsten der These von der relativen »Offenheit der Situation« an Wahrscheinlichkeit; hierdurch rückte die Frage nach den – ungenutzten – Möglichkeiten zur »Demokratisierung des Obrigkeitsstaates« in den Mittelpunkt wissenschaftlichen Interesses. Fünftens weckte die Rätebewegung große Aufmerksamkeit als Kräftepotential, »breite Volksschichten aus der passiven Haltung gegenüber dem Obrigkeitsstaat zu demokratischer Mitarbeit heranzuziehen«.¹⁸

Bei alledem blieben in der neuen Interpretationsrichtung die zentralen Begriffe wie »Demokratie«, »Demokratisierung«, »Revolution«, »Sozialisierung« usw. unscharf. Ihre unreflektierte Benutzung veranlaßte die Kritiker, die neuen Forschungsansätze generell in Frage zu stellen. Die begründete Kritik an den Begriffen verband sich jedoch auch mit dem Unbehagen an dem neuen – weiterhin negativen – Bild der Sozialdemokratie. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie standen ihre »Versäum-

nisse« in der Militärpolitik¹⁹, durch die immobile Regierungspraxis im Sinne administrativer Statthaltereier sowie durch ihre vorurteilsbesetzte Politik gegenüber der Rätebewegung.²⁰ Damit waren die grundlegenden Akzente einer bis in die Gegenwart hineinreichenden und zuweilen wenig ertragreichen wissenschaftlichen Debatte gesetzt.

*Forschungsentwicklung und Revolutionsdebatte
in den sechziger Jahren*

Die Diskussion über Räte und Revolution in den sechziger Jahren unterschied sich inhaltlich nicht grundlegend von der vorangegangenen, sie wurde nun jedoch auf mehreren Ebenen gleichzeitig und leidenschaftlicher als zuvor geführt. Im Mittelpunkt stand wiederum die Alternative, »konservativ fundierte parlamentarische Republik oder soziale Demokratie«²¹, allerdings noch stärker zugespitzt auf das Problem der Vereinbarkeit von »sozialer Revolution und parlamentarischer Demokratie«.²² Die Revolutions- und Räte-Forschung sah drei wesentliche Voraussetzungen für diese perspektivreiche Kombination als real gegeben an: der relativ weite Handlungsspielraum für die Politik des *Rats der Volksbeauftragten*, insbesondere *Eberts*²³; die marginale »Bolschewismus«-Gefahr²⁴; die solide Abstützung tiefgreifender Veränderungen des Sozial- und Wirtschaftsgefüges durch das Organisationssystem der Arbeiter- und Soldatenräte.²⁵ Die Räte gerieten bei der Beweisführung mitunter in eine idealisierende Perspektive:

»Räte sind demokratisch gewählt und bringen den Willen der Mehrheit zum Ausdruck. Sie erfordern freie Wahlen, freie Meinungsäußerung und volle persönliche Freiheit des Einzelnen. Sie schließen weder die Existenz verschiedener politischer Richtungen aus, noch die Herrschaft von Recht und Gesetz.«²⁶

Die Räte schienen den Schlüssel zur Bewältigung ungelöster Probleme der politisch-gesellschaftlichen Gegenwart und Zukunft zu besitzen:

»Die Rätebewegung war zu einem wesentlichen Teil nichts anderes als ein entschiedener Versuch, von sozialistischen Prämissen her über die Verfassungsmodelle des 19. Jahrhunderts hinaus dem Konzept einer demokratischen politischen Gesamtordnung vorzudringen, die den Bedingungen der technisierten Massengesellschaft unseres Jahrhunderts wirklich gerecht zu werden vermag.«²⁷

Seit der Edition der *Protokolle des Rats der Volksbeauftragten*²⁸ verlagerte sich die Diskussion gegen Ende der sechziger Jahre auf die Leistungen, noch mehr auf die Fehlleistungen dieses Gremiums, insbesondere auf die Rolle seiner mehrheitssozialistischen Mitglieder. Entscheidungen auf höchster Ebene bestätigten die Behauptung, daß die Regierung in wichtigen Fragen einer vorrepublikanischen Vorstellungswelt verhaftet blieb²⁹; sie rundeten die negativen Einzeleindrücke zu einem pessimistischen Gesamtbild ab: Die Volksbeauftragten konzentrierten sich im wesentlichen darauf,

»die Zwischenperiode vom Ausbruch der Revolution bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung notdürftig zu überbrücken, anstatt den Versuch zu unternehmen, durch eine vorwärtsgerichtete Politik ihren Führungsanspruch gegenüber den bürokratischen und militärischen Instrumenten der Exekutive, den zentrifugalen Tendenzen des Föderalismus und den wirtschaftlich-gesellschaftlichen Großmächten der Grundstoffindustrie zu manifestieren.«³⁰

Zentrale Entscheidungen für die Gestaltung der künftigen Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur der Republik im Sinne der Bewahrung von Traditionsbeständen waren dementsprechend bereits vor der Nationalversammlung gefallen.³¹ Diese harte Kritik gestattete ohne weiteres die Schlußfolgerung, nicht der »Bolschewismus« der Räte, sondern der politische Kurs der MSPD-Volksbeauftragten leistete der gesellschaftlichen Polarisierung Vorschub. Der Vorwurf der Radikalisierung fiel damit auf seine Urheber selber zurück:

»Es kann gar nicht ignoriert werden, daß der Radikalisierungsprozeß, der den mehrheitssozialdemokratischen Volksbeauftragten etwa seit der Jahreswende (1919) in zunehmendem Maße zu schaffen machte, zu einem guten Teil eine Konsequenz ihrer eigenen Politik war.«³²

Ohne gesellschaftlichen Rückhalt verfehlten die Volksbeauftragten »selbst bei vorsichtiger Einschätzung der ›offenen Situation‹ nach dem 9. November 1918« folgende Ziele: die Teilsozialisierung, die Errichtung des wirtschaftlichen Räte systems, die Demokratisierung der Verwaltung mit Hilfe des demokratischen Räte potentials, schließlich Möglichkeiten zur Demokratisierung der Armee.³³ Die Geschichte der Revolution erschien in der Forschung primär als »Geschichte ihrer fortschreitenden Zurücknahme«³⁴, wofür aktuelle Faktoren von 1918/19 ebenso wie die

politischen *Vorbelastungen* der Sozialdemokratie verantwortlich gemacht wurden: der sozialreformerische Parteicharakter, die Orientierung an Staats- und Gesellschaftsidealen der bürgerlichen Demokratie, die ideologisch bedingte Konzeptionslosigkeit für die Neuordnung des politisch-sozialen Gesamtgefüges Deutschlands und die – als übertrieben beurteilte – Respektierung des Mehrheitswillens des Volkes.³⁵

In doppelter Weise wurde die wissenschaftliche Debatte komplizierter: einerseits durch die These *Peter v. Oertzens*, die einzig wirkliche Alternative zur bürgerlichen Demokratie sei eine »auf die Räte gestützte soziale Demokratie« gewesen³⁶; andererseits durch die propagierte Wahlverwandtschaft von außerparlamentarischer Opposition 1968 und historischem Rätssystem.³⁷ Im ersten Fall ergab sich zwangsläufig unter dem Vorwurf der Utopie eine punktuelle Übereinstimmung zwischen der am Parlamentarismus orientierten Räte-Forschung und ihren Kritikern, daß in Deutschland eine »Räte-Demokratie« weder generell intendiert noch prinzipiell realisierbar gewesen sei. Im zweiten Fall wurde die deutsche Revolution »vollends zu einem Debattierfeld, das der historischen Verifikation möglicher Alternativkonzeptionen zur parlamentarischen Demokratie diene«. ³⁸ In beiderlei Hinsicht verlor die Diskussion über die politisch-sozialen Dimensionen von 1918/19 an Sachlichkeit und zugunsten polemischer Paraphrasierung positiver Quellenforschung an Erkenntnistiefe. Die Revolutions- und Räte-Kritik der sechziger Jahre profitierte zudem von der Mehrdeutigkeit mancher neuerschlossener Quelle. Ein weiterführender Dialog schien hauptsächlich wegen der aus unterschiedlichen Erwägungen heraus auf beiden Seiten geübten »Parteilichkeit« nicht zustande zu kommen. Es trat ein Verlust an Verständigungsbereitschaft ein, der die Situation der siebziger Jahre weithin prägen sollte. Die Bilanz wies ein deutliches Mißverhältnis zwischen Forschungsaufwand und Übereinkunft über weiterführende Ergebnisse und neue Erkenntnisperspektiven auf.

Die Räte-Kritik richtete sich auf insgesamt vier Punkte und entwarf ein Kontrastbild zu den Resultaten der Revolutions- und Räte-Forschung: Erstens schwächte sie das harte Urteil über das vermeintliche Fehlverhalten der mehrheitssozialdemokratischen Führer ab und ließ betont offen, ob die angelasteten Fehlentscheidungen »ein zwangsläufiges Ergebnis übermächtiger Schwierigkeiten und Gegenkräfte oder eine Konsequenz ihrer eigenen Ver-